



BANKRATSPRÄSIDIUM

Der bessere Kandidat

Am 8. Mai soll der Grosse Rat das Bankratspräsidium neu besetzen. Bisher war es in FDP-, zuvor in CVP-Hand. Gegen das vom Regierungsrat auf Antrag des Bankrats nominierte bisherige Bankratsmitglied, den Mellinger Anwalt, Steuerexperten und 15fachen Verwaltungsrat Dieter Egloff (FDP), tritt der Vizepräsident des Gremiums, der Nussbaumer Ökonom und Bankfachmann mit Führungserfahrung in der Industrie Jörg Stumpf (SP) an. Woher kommt Jörg Stumpf? Wie stehen die Aussichten des SP-Bankexperten, Bankratspräsident der Aargauischen Kantonalbank zu werden?

Liest man seinen beruflichen Werdegang und gleicht diesen mit dem offiziellen Anforderungsprofil für das Amt ab, so ist weder nachvollziehbar, dass Jörg Stumpf vom Bankrat der Aargauischen Kantonalbank nicht als neuer Präsident vorgeschlagen wurde, noch dass der Regierungsrat sein Vorschlagsrecht nicht zugunsten des qualifiziertesten Bankrats Stumpf ausgeübt hat. So bleibt nur eine Interpretation: Präsident des Verwaltungsrats der AKB darf nicht der am besten befähigte, sondern nur ein bürgerlicher Kandidat werden. Kein SP-Mitglied.

Das ist Jörg Stumpf seit seinem 17. Lebensjahr. Geboren in eine Arbeiterfamilie kam für Jörg Stumpf nur die SP in Frage. Der Vater Robert Stumpf, Modelldreher bei BBC und zuletzt Amtsstatthalter in Baden, war SP-Gemeinderat, -Grossrat (1950 bis 1977) und Verwaltungsrat des Aargauischen Versicherungsamts. Der Sohn Jörg insgesamt zwölf Jahre Einwohnerrat in Obersigenthal, auch dessen Präsident, danach Finanzkommissions- und



seit sieben Jahren Steuerkommissionspräsident. Alles Fachämter. Mit der Familie lebt er in Nussbaumen.

Ausbildung und berufliches Engagement

Sein Bildungsgang ist typisch für den begabten Arbeitersohn mit Jahrgang 1948: Zuerst eine Chemielaborantenlehre bei der ETH

Zürich, dann für Hoffmann-La Roche ein Jahr in den USA, mit dem dort Verdienten an die Minerva und Matura 1971, danach als Werkstudent nach St. Gallen und 1975 Abschluss als lic. oec. HSG. Das berufliche Curriculum noch breiter angelegt: im Bankwesen und in der Industrie, stets im Kader und oft mit Führungsverantwortung. Zuerst als Direktionsassistent und Sekretär des Verwaltungsrats bei der Investmentfirma und Bankverein (SBV)-Tochter Indelec, dann drei Jahre Bankausbildung in Basel, Genf und London im SBV, sodann Assistent von SBV-Generaldirektor Walter Frehner, dann stellvertretender Direktor in der Corporate Finance-Abteilung des SBV. Nach einem Freijahr, in dem er an der Universität St. Gallen Recht und Steuerrecht vertieft, 1994 Finanzchef und Geschäftsleitungsmitglied bei der Swissair-Tochter Balair, bis Mai 1996 Berater bei der Nachfolgefirma Edelweiss Air. Dann Finanzchef und Konzernleitungsmitglied bei der Biotechfirma Bachem, die er an die Börse führt, ab 2001 Finanzchef der Speedel Pharma-Gruppe, auch hier bis zum Börsengang. Seit Januar 2003 ist Jörg Stumpf als selbständiger Unternehmer Inhaber der Management Support J. Stumpf. 2005 wird er vom Grossen Rat in den Bankrat der AKB gewählt und versieht dort seither das arbeitsintensive Amt des Vizepräsidenten. Für die vom Kanton initiierte und von der AKB mitgetragene Förder- →Seite 15

EDITORIAL

Bankrat

Der Bankrat der aargauischen Kantonalbank ist ein Fachgremium. Dies wurde so immer wieder von den verschiedensten (politischen) Akteuren festgehalten. Zu Recht, würde auch ich meinen. Die SP Kanton Aargau hat sich bei der Auswahl und Präsentation ihrer Kandidierenden für diese Fachämter denn auch immer an die vorgegebenen Kriterien gehalten. Sowohl im AEW- als auch im AGV-Verwaltungsrat und eben auch im Bankrat sitzen von unserer Seite ausgewiesene Fachleute mit entsprechendem Know-how.



Die Ausgangslage: Der Bankrat hat hinter verschlossenen Türen einen Kandidaten nominiert. Dies ist sein gutes Recht. Der Regierungsrat hat diesen Kandidaten an den Grossen Rat als Wahlgremium weiter gereicht. Dies ist **sein** gutes Recht. Die SP hat zusätzlich einen fachlich noch überzeugenderen Kandidaten ins Rennen geschickt. Dies ist unser gutes Recht. Und wir scheinen es richtig gemacht zu haben. Denn der FDP-Präsident liess sich zu dieser Ruhestörung postwendend wie folgt vernehmen: Die SP-Kandidatur sei reine «Postenschacherei». Dieser Schuss ging nach hinten los, ist der vermeintliche Frontalangriff an den politischen Gegner SP doch nichts anderes als eine erfrischend-entlarvende Selbstdeklaration der FDP.

Wenn es ihnen tatsächlich um die Anwendung von fachlichen Kriterien bei der Bankratspräsidiumswahl geht, wählen auch Bürgerliche unseren Kandidaten Jörg Stumpf. Geht es hingegen um Pfründenwahrung und Postenschacherei und darum, dass ein Sozi niemals Bankratspräsident werden darf, dann wählen sie den anderen Kandidaten. So einfach ist das.

Marco Hardmeier von Aarau ist SP-Grossrat und Präsident der SP Aargau.

WELCHES PRÄSIDIUM BRAUCHT DIE KANTONALBANK?

Im Anforderungsprofil des Bankrats für Bankratsmitglieder gibt es neben den Allgemeinen Kriterien wie «Kritik- und Konfliktfähigkeit» auch «zusätzlich erwünschte Kenntnisse»: solche der Aargauer Wirtschaft, der Betriebs- und Volkswirt-

schaft, der Unternehmensführung, des Bankwesens, der Strategie, Rechnungslegung und des Wirtschaftsrechts. Für das Präsidium ausserdem: «ausgesprochene Führungserfahrung». Jörg Stumpf hat sein Profil von einem renommierten

Personalberatungsexperten beurteilen lassen und von diesem gehört, er erfülle die Anforderungen zu 80 bis 90 Prozent. Die SP Kanton Aargau sieht dies ebenfalls so und hat deshalb Jörg Stumpf als Kandidaten für das Bankratspräsidium portiert.

NAGRA WILL (FALSCH) TATSACHEN BEI ENDLAGERN SCHAFFEN

Erst den Ausstieg beschliessen

Die Lösung der Atommüll-Frage soll den Bau neuer Atomkraftwerke ermöglichen. Daher sucht die NAGRA dringend einen Standort für ein Tiefenlager. Weil die Aargauer Regierung keinerlei Widerstand leistet, steht der Aargau im Fokus des Interesses der Atom-Lobby und der NAGRA.

Zwar hat nach dem Ständerat auch der Nationalrat am 6. Dezember 2011 drei der fünf Motionen zum Atomausstieg mit 125 zu 58 deutlich gutgeheissen, doch der Atomausstieg ist damit noch lange nicht besiegelt. Die Motionen sind nur ein Auftrag an den Bundesrat, die entsprechenden Änderungen im eidgenössischen Energiegesetz zu erarbeiten und den Räten vorzulegen. Dann werden National- und Ständerat erneut über die konkreten Gesetzesänderungen beraten. Gelingt es der Atom-Lobby bis zu diesem Zeitpunkt – mit Unterstützung des Bundesamts für Energie und der NAGRA – die Atommüll-Frage zu lösen, wird der Atomausstieg unter anderen Vorzeichen diskutiert werden.

Atommülllager Voraussetzung für neue AKWs

Atomausstieg und Atommüll-Frage können nicht getrennt betrachtet werden. Mit der Nachricht, dass die Atommüll-Frage gelöst ist, werden die bürgerlichen Parteien und wohl auch Teile der Grünen, möglicherweise sogar

die Natur- und Landschaftsschutzorganisationen (diese wehren sich vor allem gegen den Ausbau von Wind- und Wasserkraft) den Atomausstieg nicht mehr unterstützen. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass viele bürgerliche Politikerinnen und Politiker nach wie vor am Finanztropf der Energie-Konzerne hängen. Und schliesslich wurde mit dem Diktum von 2011, dass es «kein Technologie-Verbot» geben dürfe, das Hintertor für neue Atomkraftwerke sperrangelweit offen gelassen.

Darum arbeitet die NAGRA zur Zeit auf Hochtouren daran, einen Standort für ein Atommüll-Tiefenlager zu finden.

Aargauer Regierung wehrt sich nicht

Dabei ist in dieser hochsensiblen Frage die Sicherheit wichtiger als eine schnelle Lösung! Für hochradioaktive Abfälle liegen zwei der drei möglichen Standorte im Aargau, ebenso für schwach- und mittelverseuchte Abfälle. Zufall oder politisches Kalkül der NAGRA? Die Regierungen von Zürich, Schaffhausen,

Thurgau und Solothurn, auf deren Territorium ebenfalls Standorte für Atommülllager geprüft werden, haben bereits deutlich geschlossenen kantonalen Widerstand signalisiert. Der Kanton Basel-Landschaft hat die Pflicht der Regierung zum Widerstand gegen Atommülllager in der Verfassung festgeschrieben. Die Aargauer Regierung dagegen bleibt merkwürdig still. Ohne Widerstand der Behörden ist ein Atommüll-Tiefenlager natürlich leichter durchzusetzen.

Zuerst kommt A und erst dann B

Ich will hier nicht über die Sicherheit möglicher Standorte für Atommülllager fachsimpeln. Aber wer den Atomausstieg will, muss sich dafür einsetzen, dass die Reihenfolge in der Diskussion stimmt: Zuerst muss der Ausstieg aus der Atomenergie diskutiert und beschlossen werden. Erst dann können mögliche Standorte für ein Atommüll-Endlager und die Sicherheitsfaktoren evaluiert werden.

Eva Schaffner von Aarau ist Vizepräsidentin der SP Aargau, Co-Präsidentin «Nie wieder Atomkraftwerke» (NWA) Aargau und Kandidatin für die Grossratswahlen am 21. Oktober.



BEZNAU STILLLEGEN!

Beznau 1 und 2 wurden 1957 geplant – eine Zeit, als die Schweiz noch den Bau von Atombomben



plante. 1958 erklärte der Bundesrat, Atomwaffen seien zum Schutz der Neutralität notwendig: Die Produktion von 12 Atombomben war geplant und ein Reglement für den Einsatz wurde entworfen. Im gleichen Jahr wurde mit dem Bau des Atomreaktors Lucens begonnen, der zehn Jahre später seinen Betrieb aufnahm und kurz darauf, am 21. Januar 1969, GAU-mässig explodierte.

Im selben Jahr ging der Beznau-1-Reaktor in Betrieb, der ungefähr den gleichen technologischen Stand aufwies wie der zu Schrott gewordene Lucens-Versuchsre-

aktor, der nun im Zwiilag Würenlingen strahlt – für Zehntausende von Jahren.

Aus dieser Zeit also stammen unsere Alt-AKW's Beznau 1 und 2. Sicherheitsvorkehrungen waren rudimentär, der Umgang mit radioaktiven Strahlen war fahrlässig, trotz der Atombombenabwürfe 1945 war das Vorstellungsvermögen, was bei einem grossen Unfall passieren könnte, sehr eingeschränkt. Die Behörden waren auf beiden Augen blind.

Eigentlich hätte man schon vor Jahrzehnten mit diesen AKW's gleich verfahren sollen wie mit den berühmten Röntgenapparaten in den Schuhgeschäften: Diese wurden von einem Tag auf den anderen entfernt – aus Sicherheitsgründen, da den Behörden langsam dämmerte, welche Gefahren lauerten, wenn der Schuh-

verkäufer, die Mutter und das Kind, das einen neuen Schuh anprobierete, in den Apparat starteten, das Kind die Zehen bewegte und alle drei beobachteten, wie sich die hell und gelb-grünlich leuchtenden Fussknöchelchen bewegten. Und wenn das Kind mehrere Paar Schuhe anprobierete, war es minutenlang ungeschützt diesen Strahlen ausgesetzt. Das war etwa der damalige Sicherheitsstandard.

Unvorstellbar, dass heute ein AKW mit damaliger Bauweise ans Netz gehen könnte!

Heute, nach Lucens, nach Sellafeld, Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima, kennen wir die möglichen Gefahren und Auswirkungen eines grossen AKW-Unfalls: Tausende von Quadratkilometern können verstrahlt und für Jahrzehnte unbewohnbar bleiben. Die Schäden würden

Tausende von Milliarden betragen, für die der Bund, der Kanton, vor allem aber die Bevölkerung, die Opfer also, aufkommen müssten. Das Risiko tragen wie bei den Wirtschaftskrisen der Staat und die Bevölkerung. Nur stehen hier unsere Lebensgrundlagen, unsere Existenz, unser nacktes Überleben auf dem Spiel.

Bis jetzt haben wir mit den beiden Reaktoren Glück gehabt aber mit jedem Tag steigt das Unfall-, Störfall- und Pannen-Risiko.

Beznau, das weltweit älteste AKW, das ungenügend gegen Erdbeben gesichert ist, die heutigen Sicherheitsanforderungen nicht erfüllt und nur noch aus Rendite- und Profitgründen betrieben wird, ist stillzulegen. Und zwar so rasch wie möglich.

Martin Christen von Turgi ist SP-Grossrat.

ATOMKRAFTWERK BEZNAU

Die Logik spricht für abschalten

links.ag: Heini Glauser, Ensi¹-Direktor Hans Wanner und Axpo-Chef Heinz Karrer sagen, dass bei AKW-Befristungen wie bei Mühleberg nicht mehr in die Sicherheit der Werke investiert werde.

Heini Glauser: Diese Logik spricht klar dafür, dass die drei Alt-AKW so schnell wie möglich abgeschaltet werden. Alle wissen, dass diese Werke nur noch eine beschränkte Zeit laufen werden. Die Kosten-Nutzen-Abwägung bei notwendigen Ersatzinvestitionen läuft dem Ziel einer allzeit optimierten Sicherheit diametral entgegen. Bei solchen Entscheidungen sind absolut klare Fakten schwierig zu definieren. Je älter die Anlagen werden, desto eher wird einmal falsch entschieden.

Am 23. März 2012 gab es in Beznau 2 eine ungeplante Schnellabschaltung. Laut Ensi ist es 2001 bis 2010 in Beznau zu den meisten ungeplanten Schnellabschaltungen gekommen (11), mehr noch als in Mühleberg (6). Sollten die Beznau-Reaktoren nicht stillgelegt werden? Alle Länder und AKW-Betreiber mit 43-jährigen oder älteren Atomkraftwerken haben sich bisher entschieden, diese Werke ausser Betrieb zu nehmen. Die baugleichen AKW wie Beznau wurden in den USA, Frankreich und Deutschland schon lange stillgelegt. Für Sicherheit



SP-Einwohnerrat Heini Glauser von Windisch ist Energieingenieur und Architekt.

und Katastrophen gibt es den typisch schweizerischen Sonderfall nicht. Menschliches und technisches Versagen, im Falle von Fukushima noch in Kombination mit Naturgewalten, sind in der Schweiz, speziell bei Altanlagen, auch möglich. Der Pumpendefekt vom 23. März 2012 wurde von der Axpo sofort und nur drei

Stunden später vom Ensi als harmloser Zwischenfall bezeichnet, dies 48 Stunden, bevor die Techniker wegen der notwendigen Abkühlung am betroffenen Teil arbeiten und damit die genauen Ursachen feststellen konnten.

Wie kann die Stilllegung erreicht werden?

Durch das Ernstnehmen der hiesigen Naturgefahren. Bei Beznau wäre das vor allem ein Extremhochwasser wie 2002 an der Moldau und der Elbe. Bei einer ähnlichen Wetterlage wie damals und mehrtägigen Starkniederschlägen über dem 17500 km² grossen Einzugsgebiet von Aare, Reuss und Limmat werden die AKW Beznau auf der Aareinsel metertief umflutet. Wer im Aargau nicht plötzlich ähnlich dastehen will wie die Evakuierten um Fukushima, sollte sich heute für den Stopp der beiden AKW in Beznau einsetzen.

Gehen die Lichter aus, wenn die alten AKW keinen Strom mehr produzieren?

Das Geschwätz von einer Stromlücke ist so dumm wie die Behauptung, dass die Schweiz ohne eigene Automobilproduktion eine Autolücke hätte. Erst das Abschalten der drei Alt-AKW wird in der Schweiz den Druck erzeugen, die für die Schweiz interessantesten Technologien breit anzuwenden und damit eine Investitionsoffensive zu starten.

Drei Bereiche betrachte ich als prioritär:

1. Eine Fotovoltaikoffensive, wie sie Deutschland seit 10 Jahren betreibt, 4 Prozent des deutschen Stromes stammen aktuell von der Sonne.
2. Wärmekraftkopplung: Wärme und Strom aus jeder neuen/sanierten Heizung, heute mit Erdgas, morgen mit Wind betrieben.
3. Eine Strategie für sparsame und effiziente Elektrogeräte, kombiniert mit der Entwicklung von lokalen Smartgrids, die die Geräte dann einschalten, wenn viel und billiger Strom von den Erneuerbaren produziert wird.

Die Lichter gehen beim Abschalten von Beznau und Mühleberg nicht aus, sondern in vielen Köpfen erst an.

¹ Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat

Die Fragen stellte **Katharina Kerr**.

Mehr zum Thema Beznau-Sicherheit: www.infospersber.ch/Artikel/Politik/AKW-Beznau-Flut-Risiko-wird-massiv-unterschätzt und www.infospersber.ch/Artikel/Umwelt/Beznau-Risiko-Axpo-rechnet-nur-mit-Hahnenwasser

Beznau, das älteste AKW der Welt steht im Aargau auf einer Aareinsel.



KOMMENTAR

Öffentlich – und doch geheim

Die Sitzungen des Eidgenössischen Parlaments - als demokratischer Vertretung von Volk und Ständen - sind öffentlich.

Im Nationalrat wird elektronisch abgestimmt; das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ratsmitglieder leuchtet als farbiges Lämpchen auf der Anzeigetafel auf und wird umgehend auf einer öffentlich einsehbaren und auch im Internet

publizierten Liste aufgeführt. Anders im Ständerat. In der kleinen Kammer stimmen wir nach wie vor per Handzeichen ab: Eine an und für sich schöne, fast schon nostalgisch anmutende Tradition – allerdings mit entscheidenden Nachteilen. Für die Wählerinnen und Wähler ist nämlich kaum nachvollziehbar, wer wie abgestimmt hat. Dafür müsste man nicht nur im entscheidenden Moment selber im Bundeshaus anwesend sein, sondern auch noch den richtigen Tribünensitz zugewiesen erhalten, weil nur wenige Plätze die Sicht auf alle Ratsmitglieder preisgeben. Und selbst wenn dies glücklicherweise der Fall ist, bleibt die Registrierung der Entscheidungen sämtlicher Ständerätinnen und Ständeräte für das Publikum ein rein praktisches Ding der Unmöglichkeit, dauert die Auszählung doch nur ein paar Sekunden.

Fakt ist also: In den zwar öffentlichen Ständeratssitzungen wird geheim abgestimmt. Das halte ich aus Gründen der Demokratie und Transparenz nicht einfach für überholt, sondern für unge-rechtfertigt und falsch. Es gibt keinen Grund, der Öffentlichkeit das eigene Abstimmungsverhalten vorzuenthalten. Aus Überzeugung werde ich deshalb in der Sommersession die Parlamentarische Initiative für mehr Transparenz im Ständerat befürworten. Ich weiss, warum ich wie abstimme – und ich stehe gerne dazu.

Pascale Bruderer Wyss von Nussbaumen ist SP-Ständerätin.



WAS HAT DIE SP IN DER LEGISLATUR GELEISTET?

Mit zwanzig Leuten im

Unsere Mitglieder an der Basis fragen uns oft: Was macht die SP im Grossen Rat? Was hat die Partei erreicht? links.ag hat mit den Spitzen der Grossratsfraktion und der SP Aargau gesprochen. Weitere Beiträge folgen.

links.ag: Was hat die SP-Fraktion im Grossen Rat seit 2009 erreicht?

Dieter Egli: Wir sind nirgends so weit gekommen, wie wir wollten. Mit 20 Mitgliedern von 140 sind wir zu wenige. Im sogenannten linken Spektrum gibt es auch kaum mehr Linke. Bei den letzten Wahlen haben die Grünen, die Grünliberalen und die BDP zugelegt. Im linken Spektrum politisiert im Grossen Rat niemand so konsequent wie die SP.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Und bei CVP und FDP schweigen die vernünftigen Kräfte. Mitte-Links-Koalitionen hat es seit 2009 nicht mehr gegeben.

Energiegesetz

Die Beratungen zur Totalrevision des Energiegesetzes waren von aussen gesehen rückständig und atomfreundlich.

DE: Die Ökologie ist der Mehrheit nicht wichtig. Die SVP gibt den Tarif durch, und dann fallen sie um: zuerst die FDP, dann die CVP und zuletzt die Grünen, die dem unmöglichen Energiegesetz auch zugestimmt haben.

MLN: Die Vorlage zur Totalrevision des 1993er Energiegesetzes war gut: Förderung von Klimaschutz, Alternativenergien und mehr Energieeffizienz im Gebäudebau waren drin, allerdings auch weiterhin die Atomenergie. Das Neue wurde von rechts abgelehnt. Von Fukushima zwischen erster (Januar 2011) und zweiter Lesung (Januar 2012) war wenig zu spüren. Nichts Fortschrittliches blieb übrig.

DE: SVP und FDP mauerten wie erwartet. Und die Mitte fühlt sich als Mitte genug legitimiert und bewegt sich nicht. Das Bild der Mitte wird aber kultiviert.

Wenn sich die Pole bewegen, bewegt sich doch auch die Mitte.

Marco Hardmeier: Durchaus. Die Mitte im Aargau ist heute weit rechts.

Was wollte die SP erreichen?

DE: Wir wollten ein Gesetz, das den Atomausstieg ermöglicht. Die konkreten Ziele bis 2020 wurden aber abgeschwächt. Energieminister Peter Beyeler hat mitgemacht, hat auch vom Technologieverbot geredet. Nun sind Elektro-

heizungen weiterhin erlaubt. Der Grosse Rat verhält sich gegenüber der Wirtschaft nicht selbstbewusst, vor allem in ökologischen Fragen. Alles soll wirtschaftlich tragbar sein.

MLN: Das wurde auch bei den Tagesstrukturen gepredigt. Dabei bringen die wirtschaftlichen Nutzen, und Firmen mit Bedarf an qualifiziertem Personal bieten sie auch an.



Marie-Louise Nussbaumer Marty von Nussbaumen ist Gemeinderätin und Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion.

Tagesstrukturen

Die 2009 im Bildungskleeblatt nur knapp abgelehnten Tagesstrukturen wurden von der neuen Regierung ins Sozialdepartement abgeschoben. Nun scheiterte die entsprechende Gesetzesrevision schon im Grossen Rat.

MLN: Im Entwicklungsleitbild von 2005 wurden die Tagesstrukturen als Standortförderung angepriesen.

DE: Das wäre die Wirtschaftsförderungsmassnahme gewesen und hätte gute Steuerzahler in den Aargau gelockt. Die FDP aber stellte unsinnige Anträge und schien zuletzt die Orientierung verloren zu haben. So konnte die Vorlage auch von uns nur noch abgelehnt werden. Die SP wollte sich für die Familien und die KMU einsetzen. Die Bürgerlichen nicht. Sie verkennen, dass das Gesamtinteresse auch dem einzelnen von Nutzen sein kann.

Steuergesetz

Die SP lehnt die aktuelle Steuergesetzesrevision ab: zu teuer, zu wenig sozial, zu wenig nachhaltig.

MLN: Am 8. Mai ist das Gesetz in zweiter Lesung im Grossen Rat. Gegenüber der ersten Lesung hat die vorberatende Kommission aus einem Ausfall von 90 Millionen einen solchen von 400 Millionen gemacht. Das ist der Steuer-

Grossen Rat schafft man wenig

wettbewerb unter den Kantonen. Die Oberen werden entlastet. Und die Gemeinden finden die von uns beantragten Versicherungsabzüge untragbar!

DE: Einmal mehr wird hemmungslos von unten nach oben umverteilt. Die Mehrheit muss die Steuergeschenke an Privilegierte bezahlen. Die in erster Lesung beschlossene Erhöhung

Wirkung. Die pragmatischen Kräfte im Grossen Rat müssten spätestens jetzt zusammenstehen, sie sind aber nicht sicht- und greifbar. Es entsteht ein Einheitsbrei, der vom abtretenden Grossratspräsidenten auch noch gerühmt wurde: Man kooperiere, und Gewaltenteilung sei unwichtig. Im besten Fall heisst das, man überzeugt das Parlament, meistens aber, man

der SP nicht als solchen realisiert und meinen, wir seien staatstragend. Zum Beispiel Personalentscheide: Die fallen gemäss Parteistärke. Auch Gesetzesbeschlüsse. Da hören wir dann Vorwürfe, wir griffen zu Unrecht andere an und seien nicht sachpolitisch genug. Wir müssen uns aber immer fragen: Wem helfen wir? Wem nützt es?



Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der GL der SP Aargau.



Marco Hardmeier von Aarau ist SP-Grossrat und Präsident der SP Aargau.

der Krankenkassenabzüge wurde auch wieder gestrichen – angeblich zu teuer. Dafür werden dann die Unternehmen geschont. Die bürgerliche Mehrheit politisiert immer wieder an der Tatsache vorbei, dass Sicherheit, Schulen und Gesundheitsversorgung etwas kosten und kosten dürfen.

Was hat die SP-Fraktion erreicht?

DE: Wir haben uns als Fraktionspräsidium und als SP bemüht, bei gewissen Themen, so beim Energiegesetz, Schwerpunkte zu setzen und die Führung zu übernehmen. Das ist schwierig, nicht nur weil wir als Linke allein stehen und mit 20 Leuten zu schwach sind, sondern auch, weil Regierung und Verwaltung in den letzten Jahren aufgerüstet haben. Das sind Profis mit einer Armada von Projektleitern und Kommunikationsleuten und wir schlecht unterstützte MilizparlamentarierInnen, die ständig mit grossen, komplexen Geschäften bombardiert werden und trotz Beruf allzeit bereit sein sollten. Und die Regierung gibt sich marktwirtschaftlich: Alles geht schnell, und es wird dauernd und blitzschnell kommuniziert. Wunderbar.

MH: WOV (Wirkungsorientierte Verwaltung oder New Public Management, die Verwaltungsreform von 2005) erzielt eine grosse

lässt sich über den Tisch ziehen und ausbooten. Ist das ein taugliches System? Warum stärkt sich das Parlament nicht selber und macht sich fit? Das mit WOV implizit Beabsichtigte passiert. Und das Parlament lässt es geschehen.

Wie muss sich die kleine SP-Fraktion verhalten, um doch Erfolg zu haben?

MH: Man darf die Begriffe «Politik» und «Sachpolitik» nicht einander gegenüberstellen und damit Politik, das Einstehen für klare, auch parteipolitische Positionen, verunglimpfen. Wer sich hinter Sachpolitik versteckt, verrät sich und die Politik, für die wir gewählt sind. Dies ist eine zutiefst technokratische Haltung. Das Ziel wäre doch, über die Politik die Gesellschaft zu gestalten und zu verändern.

MLN: Alle, auch in der SP-Fraktion, wollen konstruktiv mitarbeiten, SpezialistInnen sein, zum Beispiel in der Energie- und Bildungspolitik. Sie lassen sich das nicht nehmen. Dafür ist aber die Verwaltung da.

MH: Es spricht nichts gegen Fachwissen. Wir sind aber nicht Teil einer Experten- oder Projektgruppe, sondern des Parlaments. Zudem: Die neue Soundingboard¹-Kultur ist zutiefst fragwürdig.

DE: Den Wahlverlust von 2009 haben viele in

Partei

Was hat die Partei erreicht?

MH: Die SP Aargau ist wieder in der Regierung und im Ständerat vertreten und hat aus eigener Kraft die drei Sitze im Nationalrat gehalten, was alles andere als selbstverständlich ist. Da haben viele daran mitgearbeitet. Mit der Kinderbeihilfe-Initiative, deren Inhalte zum Beispiel in den Kantonen Solothurn und Tessin umgesetzt sind, sind wir unterwegs. Für die Kantonalbank-Initiative führen wir jetzt einen hoffentlich erfolgreichen Abstimmungskampf. Die AEW-Initiative konnten wir als erfüllt zurückziehen. Die Partei hat eine solide finanzielle Basis und funktionierende Strukturen.

DE: Die Aussenwahrnehmung der SP ist heute besser als vor drei Jahren. Wir werden auch von den Medien eher ernst genommen.

¹ Eigentlich Resonanzboden eines Instruments. In der Managementsprache: Eine Experten- oder Interessengruppe im Soundingboard soll in Form eines kritischen Feedbacks Führungskräften oder Exekutiven ermöglichen, mehrheitsfähige Entscheidungen zu treffen.

Die Fragen stellte
Katharina Kerr



Parteienfinanzierung

Die SP Schweiz ruft die Kantonalparteien auf, sich bis Ende Mai zur Frage vernehmen zu lassen, wie mit finanziellen Zuwendungen aus der Wirtschaft umgegangen werden soll. Zur Diskussion stehen zwei Varianten: Ablehnen oder unter Bedingungen annehmen. Die Bedingungen: Öffentlichmachen der Unternehmenszahlungen, keine weiteren, versteckten Zahlungen des Unternehmens, keine mit der Spende verbundenen Konditionen. Dazu drei Stimmen aus dem Aargau:

Kein Geld von der Wirtschaft

Hinter dem geschenkwisen Geldtausch steckt immer mehr. Wie vom Soziologen Marcel Mauss 1954 und dem Ökonomen George Akerlof 1982 erkannt, liegt das Problem in der reziproken Natur von Geschenken - im Schenken liegt die Erwartung eines Gegengeschenks. Ob dies parteiintern klar ist, ist fraglich. Jedoch: Die Wirtschaft verschenkt niemals Geld ohne eine Erwartung. Die anderen Parteien werden die Gelder gerne annehmen und die damit verbundenen Bedingungen erfüllen. Aus diesem Grund mag es sein, dass die Erwartung nicht direkt die SP Schweiz betrifft: Wir könnten aber zu Mittätern gemacht werden, indem Spenden für die SP Schweiz aus Sicht der Wirtschaft das notwendige Übel wären, um auch für die bürgerlichen Parteien ohne Reputationsverlust spenden zu können.

Die SP ist die einzige mitgliederfinanzierte Partei. Damit ist die Partei bei den Mitgliedern stark verwurzelt, unsere Politik erhält eine hohe Legitimation. Die jährlichen Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen an die Kantonalpartei (OKB) zeigen deutlich, wie die Mitglieder hinter der Partei stehen oder eben nicht. So brachte beispielsweise das letzte Jahr dank dem SP-Wahlerfolg eine OKB-Hausse. Die Annahme von Geldern aus der Wirtschaft würde vermutlich den Gesamtbeitrag der Mitglieder an ihre Partei schmälern und dessen finanzielle und ideelle Bedeutung würde sinken. Die Konsequenzen einer solchen Parteienfinanzierungspolitik sind bei den bürgerlichen Partei-

en deutlich zu sehen: Mitgliederschwund Jahr für Jahr.

Um die grösstmögliche Unabhängigkeit und Legitimation zu wahren, dürfen wir weiterhin nur über Mitgliederbeiträge finanziert sein, und wir werden nicht darum herum kommen, unsere Mitgliederzahlen zu erhöhen. Variante zwei der SP Schweiz beruht nicht auf ökonomisch richtigen und auch nicht auf sozialdemokrati-

Die SP ist die einzige mitgliederfinanzierte Partei.

schen Grundlagen, weshalb die einzig valable Alternative zur Variante eins die staatliche Parteienfinanzierung ist und bleibt.



Andri Koch von Aarau war bis am 28. April 2012 Mitglied der Geschäftsleitung und Finanzdelegierter der SP Aargau.

TRANSPARENT UND ZWECKGEBUNDEN

Falls sich die SP dafür entscheidet, Grossspenden aus der Wirtschaft anzunehmen, erwarte ich die Einhaltung folgender Kriterien:

- Es muss volle Transparenz herrschen über die Herkunft, Höhe und den Verwendungszweck der Wirtschaftsgelder.
- Wirtschaftsgelder sollen nur für zweckgebundene Projekte verwendet werden. Beispielsweise Ban-

Vorläufig Geld nehmen und Transparenz schaffen

Transparenz hat für mich bei diesem Thema oberste Priorität! Die Wirtschaft und die Reichen können politische Entscheidungen beeinflussen, indem sie die Parteien finanzieren. Beispielsweise erstellt eine Grossbank eine Liste mit den für sie wichtigen Abstimmungen, die Anzahl «richtiger» Stimmen im Nationalrat wird dann mit einem festgelegten Fixbetrag multipliziert. Eine solche, rein interessengebundene Parteienfinanzierung ist für die Demokratie gefährlich. Nur mit einem verstärkten staatlichen Engagement lässt sich die Vertretung und damit das politische Gewicht, breiter Bevölkerungskreise sicherstellen. Bis auf die gesetzlich festgelegten Fraktionsbeiträge erhalten die Schweizer Parteien heute aber keine staatlichen Finanzbeiträge, obwohl der Staat ein Interesse am politischen Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger und der Parteien hat.

Die SP bekommt auf allen Stufen heute bereits Beiträge und Zuwendungen aus Wirtschaftskreisen, von Firmen oder Verbän-

den. Schon deshalb kann ich dem ersten Vorschlag der SP Schweiz nicht zustimmen. Wer füllt sonst das finanzielle Loch? Ich kann nach heutiger Einschätzung das Dreistufenmodell der SP Schweiz unterstützen, würde jedoch gerne noch drei weitere Bedingungen daran knüpfen: Die Spendengeber haben alle Bundeshausparteien gleich zu behandeln. Die SP soll die Gelder in Projekte ein-

Die Spendengeber haben alle Bundeshausparteien gleich zu behandeln.

fliessen lassen und nicht in reine Infrastruktur- oder Personalkosten. Die Regelung soll nur für eine Übergangszeit gelten.

Weiter müssen wir uns die Frage stellen, woher die Gelder kommen und wie sie erwirtschaftet wurden. Mit Spekulationen, Ausbeutung, Gewalt und Armut erwirtschaftetes Geld ist für uns grundsätzlich inakzeptabel und kann nur als Übergangslösung angenommen werden.

Sollte der Staat jedoch seine Aufgabe bei der Parteienfinanzierung ernsthaft wahrnehmen, müsste sich die Wirtschaft aus der Parteienfinanzierung wieder zurückziehen. Denn eines ist klar: Die staatliche Finanzierung ist die richtige, ehrlichste und transparenteste – bis dahin muss die SP Schweiz einen gangbaren Weg finden.



Max Chopard-Acklin
Nussbaumen,
SP-Nationalrat



Yvonne Feri von Wettingen
ist Gemeinderätin und
SP-Nationalrätin.

JUSO ZOFINGEN

Die soziale Politik unterstützen

In links.ag 126 hat Mergim Gutaj die neue JUSO-Sektion Freiamt vorgestellt. Heute folgt Sascha Antenen mit der Sektion Zofingen.

Gründung

2010 wurde ich SP-Mitglied, im Juni trat ich auch den JUSO bei, um mich politisch mit Gleichaltrigen auszutauschen. Damals gab es nur in Baden und Aarau JUSO-Regionalgruppen, also nicht in Zofingen. Dabei ist Zofingen eine Region mit grossem Potenzial: bevölkerungsreich, mit hohem Pendler- und Verkehrsaufkommen und damit vielen WählerInnen, mit aktiven SP-Sektionen, politisch relevanten Gemeinden und durch Kantons- und Berufsschulen auch vielen Jugendlichen.

Mit Sanja Kostic aus Strengelbach begann ich mit Unterschriftensammlungen und Flyer-Aktionen den Aufbau der JUSO Zofingen, unterstützt von Viviane Hösli. Wir erreichten viele Leute und bekamen positive Reaktionen. Im September 2010 fand unsere offizielle Gründungsfeier statt.

Damals hatten wir fünf Mitglieder. Heute sind wir bereits 26 Mitglieder, davon mehr als die Hälfte

aktiv. Das verdanken wir der Mund-zu-Mund-Propaganda. Die Truppe ist gut durchmischt: Die JUSO Zofingen hat Mitglieder im Alter zwischen 18 und 27 Jahren aus zwölf Gemeinden.

Ziele

Wir wollen die soziale Politik der JUSO (und der SP) in der Region unterstützen und vor allem bei Jugendlichen in der Region noch bekannter werden.

Wir wollen, dass die Jugend in der Politik mitreden kann und das auch tut. Durch die vielen Aktionen auf der Strasse haben wir es bereits ein Stück weit geschafft: Bei den Nationalratswahlen war die von ihren Mitgliedern fleissig unterstützte JUSO die stärkste Jungpartei in der Region.

Auch die Mitwirkung in der regionalen Politik ist für uns wichtig, darum wollen wir 2013 in den Ein-

wohnerrat Zofingen. Wir sind in der SP und auch in anderen Organisationen gut vernetzt und damit informiert und aktiv. Ein aktuelles Beispiel ist unser Engagement mit anderen Parteien gegen die städtische Initiative zur Einführung der Blauen Zone in Zofingen.

Bisherige Aktionen

Hauptsächlich findet unsere Politik auf der Strasse in Zofingen und Umgebung statt, dies an Standaktionen an ziemlich vielen Samstagen. Daneben haben wir auch besondere Aktionen

Wir wollen, dass die Jugend in der Politik mitreden kann und dies auch tut.

durchgeführt: am Morgen früh am Bahnhof Fruchtsäfte mit JUSO-Stickern drauf verteilt oder ein Gipfeli an alle, die am Sonntag morgen an die Wahlurne gingen. Vor kurzen haben wir Parkplätze in der Altstadt besetzt und so gegen die Einführung der Blauen

Zone protestiert. Mit Leserbriefen, Pressemitteilungen und Artikeln haben wir auch regelmässige Auftritte im regionalen Zofinger Tagblatt.

Grossratskandidaturen

Nachdem bereits bei den Nationalratswahlen zwei Kandidierende gut abgeschnitten haben, erhoffen wir uns bei den Grossratswahlen ein ähnlich gutes Resultat. Aus der JUSO Zofingen haben sich sechs Kandidaten und Kandidatinnen gemeldet.

Besonders stolz sind wir auf unser ausgezeichnetes Verhältnis zu den SP-Sektionen in der Region. Wir arbeiten sehr eng mit ihnen zusammen, und viele JUSOs sind auch aktive SP-Mitglieder. In der Bezirkspartei wie auch in den regionalen Sektionen beteiligen sich unsere Mitglieder aktiv im Vorstand. Wir sind immer froh um die gute Unterstützung der SP.



Sascha Antenen von Zofingen ist Präsident der JUSO Zofingen, im Vorstand der JUSO Aargau und Vize-Präsident der SP Zofingen-Uerkheim-Britttau.



Rolf Bänziger, Julian Eberli, Sanja Kostic, Sascha Antenen.

→ Seite 9 stiftung Technopark trat er 2006 als Vizepräsident ein und ist heute deren Präsident. Er sitzt nur in einem Verwaltungsrat, dem der Kantonbank.

«Das Bankpräsidentenamt ist kein politisches Amt», meint Stumpf, «es braucht fachliche, wirtschaftliche und Führungsqualitäten.» Jörg Stumpf ist ein sehr guter Bank-Fachmann. Jetzt kommt es darauf an, dass das von der Wahlbehörde, dem Grossen Rat, anerkannt wird. Alles andere wäre eine verpolitisierte Wahl. Die die Bürgerlichen vorab mit allen Zeichen der Entrüstung von sich weisen. On verra.



Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

PERSONALNOTSTAND AM KANTONSSPITAL AARAU

Mehr Ausbildung und attraktive Arbeitsbedingungen

Am 16. März hat die Geschäftsleitung der Kantonsspital Aarau AG (KSA) über einen akuten Betten- und Pflegenotstand am KSA informiert und Sofortmassnahmen in Aussicht gestellt. Auslöser waren vermehrte Absenzen wegen der Grippewelle bei einer gleichzeitig extrem hohen Bettenbelegung von nahezu 100 Prozent. Dank offener Kommunikation und beherzter Umsetzung konnte innerhalb kürzester Zeit ein hohes Mass an Solidarität unter den Mitarbeitenden erreicht und die Krise innert zweier Wochen entschärft werden.

Auch bei den betroffenen PatientInnen war eine gewisse Verunsicherung zu spüren und musste, wo immer möglich, im Gespräch aufgefangen werden. Die hohe medizinische Behandlungsqualität und Sicherheit des KSA waren nie in Frage gestellt.

Die Krisenbewältigung am KSA darf nicht darüber hinweg täuschen, dass wir in der Schweiz, nicht nur in Aarau, seit Jahren auf einen gravierenden Mangel an Gesundheitspersonal in sämtlichen Bereichen, ärztlich, pflegerisch und medizintechnisch, zusteuern. Die Zahl der Abschlüsse liegt

massiv unter dem Bedarf. Dieses Defizit ist im Bereich von Pflege und Betreuung besonders gross. Dort wird nur die Hälfte des benötigten Nachwuchses ausgebildet. Der Mangel an Gesundheitspersonal wird durch die demographische Entwicklung (Alter von

Wir steuern seit Jahren auf einen gravierenden Mangel an Gesundheitspersonal in sämtlichen Bereichen zu.

Bevölkerung und Mitarbeitenden, bevorstehende Pensionierungswelle wie bei den Hausärzten etc.) und den rasanten medizinischen Fortschritt noch verschärft.

Daraus ergibt sich ein zunehmend auch international geführter Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte. Es ist für unser Gesundheitswesen und damit für unsere medizinische Versorgung geradezu überlebensnotwendig, in diesem Wettbewerb durch attraktive Arbeitsplatzbedingungen bestehen und auch ausländische MitarbeiterInnen ansprechen zu können. Dabei ist unter attraktiv nicht nur eine angemessene und konkurrenzfähige Entlohnung zu verstehen, sondern auch die per-

sonelle Berücksichtigung (Stellenetat, Teilzeitstellen etc.) der unter Kostendruck und medizinischer Entwicklung rapid gestiegenen Anforderungen an unsere Mitarbeitenden. Andernfalls ist mit einer zunehmenden Überhitzung und Erschöpfung, einem weiteren Attraktivitäts- und letztlich auch einem Qualitätsverlust zu rechnen – zum Nachteil von uns allen!

Gleichzeitig müssen wir unsere Investitionen in die Ausbildung massiv verstärken. Hier müssen wir Antworten auf die Herausforderungen und Gefahren der Zukunft suchen, nicht bei milliardenschweren Rüstungsprogrammen und Kampfflugzeugen!



Jürg Knuchel von Aarau ist Leitender Arzt am Kantonsspital Aarau und SP-Einwohnerat. Er kandidiert im Oktober für den Grossen Rat.

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43
Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74
Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3255 Expl.

Redaktion: Katharina Kerr
katkerr@katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
16. April 2012
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
21. Mai 2012

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Pascale Bruderer, Max Chopard-Acklin, Martin Christen, Dieter Egli, Yvonne Feri, Heini Glauser, Marco Hardmeier, Katharina Kerr, Jürg Knuchel, Marie-Louise Nussbaumer Marty und Eva Schaffner. Fotos S. 9, 12 und 13 Johannes Ruesch, Bild S. 10 f. zVg., Foto S. 15 JUSO.



Ständerätin Pascale Bruderer Wyss zu Besuch in den Regionen des Kantons Aargau.

**Herzliche Einladung zum
1. Apéro fédéral – REGIONAL!**

am Samstag, 16. Juni 2012, um 10.30 Uhr
im Rathaus Zofingen, Bürgersaal

Ständerätin Pascale Bruderer Wyss berichtet von den Entscheidungen, Ereignissen und Erlebnissen während der Session und freut sich auf einen regen Austausch zu politischen Aktualitäten.

Mit anschliessendem Apéro, offeriert von der Stadt Zofingen.



AGENDA

17. Juni
Eidgenössische und kantonale Abstimmungen

8. und 29. Mai, 12. Juni
Geschäftsleitungs-Sitzung SP Aargau
17.30 Uhr im Volkshaus Aarau

19. Juni, 19–21 Uhr,
Parteirat
Restaurant Rathausgarten, Aarau

21. Juni, 19.30–21 Uhr
Restaurant Hirschen, Kirchdorf/Obersiggenthal
14. Berner Suppe von Nationalrat Max Chopard-Acklin
Gast: Ständerätin Pascale Bruderer Wyss
Inserat folgt in der Juni-Nummer

23. Juni, 10–12 Uhr
Alterszentrum Rondo, Safenwil
13. caféCantonal von Regierungsrat Urs Hofmann
Inserat folgt in der Juni-Nummer

PAROLEN

Abstimmungen vom 17. Juni

NATIONALE VORLAGEN

- Volksinitiative vom 23. Januar 2009 «Eigene vier Wände dank Bausparen»: **NEIN**
- Volksinitiative vom 11. August 2009 «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)»: **NEIN**
- Änderung vom 30. September 2011 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Managed Care): **NEIN**

KANTONALE VORLAGEN

- Verfassung des Kantons Aargau (Land- und Waldwirtschaft); Änderung vom 13. Dezember 2011: **JA**
- Aargauische Volksinitiative «Für eine sichere Aargauer Kantonalbank» vom 23. Dezember 2009: **JA**